

Messerangriff in Solingen: Angeklagter gesteht dreifachen Mord!

Issa al H. gestand seine Verantwortung für den tödlichen Messeranschlag in Solingen 2024, während der Prozess in Düsseldorf begann.



Solingen, Deutschland - Im Prozess um den Messeranschlag von Solingen, bei dem im August 2024 drei Menschen ums Leben kamen, hat der angeklagte Issa al H. seine Taten gestanden. Vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht erklärte der 27-Jährige: „Ich habe schwere Schuld auf mich geladen. Drei Menschen sind durch meine Hand gestorben.“ Während er seine Schuld an den Morden eingestand, schwieg er zu den Vorwürfen der Mitgliedschaft im sogenannten Islamischen Staat (IS) und betonte seine Unschuld bei deren Behauptungen.

Die tödliche Attacke ereignete sich am 23. August 2024 während eines Stadtfestes in Solingen, als al H. seine Opfer – zwei Männer im Alter von 56 und 67 Jahren sowie eine 56-jährige

Frau – gezielt von hinten mit einem Messer erstach und dabei mehrfach „Allahu akbar“ rief. Der Menschheit wurde klar, dass dieser Anschlag zu den schlimmsten islamistisch motivierten Taten in Deutschland gehört. Die Bundesanwaltschaft wirft al H. nun dreifachen Mord und zehnfachen versuchten Mord vor. Zudem wurden acht weitere Personen verletzt.

Hintergrund des Täters

Issa al H. stammt ursprünglich aus Deir al-Sor in Syrien und lebte zuvor in der Türkei. Er war über Bulgarien nach Deutschland eingereist, um einen Asylantrag zu stellen, der jedoch aufgrund einer angestrebten Rückführung nach Bulgarien scheiterte. Trotz seiner Bekanntschaft mit islamistisch-jihadistischen Foren und der Reise, um sich dem IS wieder anzuschließen, gibt es Berichte, dass keine Warnzeichen oder kriminellen Aktivitäten vor dem Anschlag dokumentiert wurden. Ehemalige Mitbewohner beschrieben den Angeklagten sowohl als radikalisiert als auch als unauffällig.

Seine Radikalisierung verlief schrittweise. Ab 2019 begann al H., IS-Kampflieder im Internet zu suchen, und bereitete sich aktiv auf die Durchführung eines Anschlags vor. In den Wochen vor der Tat erhielt er Hinweise und Anleitungen über Telegram von einem IS-nahen Administrator, einschließlich einer Checkliste zur Durchführung von Attentaten.

Politische Reaktionen und sicherheitspolitische Debatten

Der Anschlag hat in Deutschland intensive politische Diskussionen über innere Sicherheit und mögliche Abschiebungen ausgelöst. Der Landtag in Düsseldorf hat einen Untersuchungsausschuss eingerichtet, um die gescheiterte Abschiebung von al H. zu untersuchen. Politische Vertreter fordern strengere Maßnahmen gegen islamistischen Terrorismus und die Überprüfung von Asylverfahren, insbesondere solcher,

die potenziell gefährdete Personen betreffen.

Im Kontext islamistischer Bedrohungen stellt der Vorfall in Solingen einen besorgniserregenden Anstieg solcher Angriffe dar. Laut dem Bundesamt für Verfassungsschutz sind die Gefahren durch islamistischen Terrorismus in Deutschland spürbar gestiegen, insbesondere nach den letzten Geschehnissen im Gaza-Konflikt. In den letzten Jahren gab es zahlreiche dokumentierte Anschläge, wobei der IS nach wie vor eine bemerkenswerte Bedrohung darstellt, die auch die Sicherheit in Deutschland betrifft.

Der momentan laufende Prozess hat bis zum 24. September 22 Verhandlungstage angesetzt. Experten sind sich einig, dass eine verstärkte Aufmerksamkeit auf die Radikalisierungsprozesse und die Integration von Rückkehrern aus Kriegsgebieten notwendig ist, um ähnliche Szenarien in der Zukunft zu verhindern. Nebenkläger, darunter Angehörige der Opfer und Verletzte, verfolgen den Prozess aufmerksam, der bereits durch den brutalen Charakter des Verbrechens und die tragischen Folgen für die Gesellschaft geprägt ist.

Für weitere Informationen zu diesem Fall und der allgemeinen Situation (siehe [vol.at](http://www.vol.at), [tagesschau.de](http://www.tagesschau.de) und [verfassungsschutz.de](http://www.verfassungsschutz.de)).

Details	
Vorfall	Mord/Totschlag
Ursache	Radikalisierung, Terrorismus
Ort	Solingen, Deutschland
Verletzte	8
Festnahmen	1
Quellen	• www.vol.at • www.tagesschau.de • www.verfassungsschutz.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at